

N i e d e r s c h r i f t

**der 26. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
23.11.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 17:53 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Harald Bartl	Stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Sarah Heinemann	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), ab 15:15 Uhr
Frau Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), ab 14:10 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), ab 15:00 Uhr
Herr Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), ab 14:05 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Frau Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, ab 14:14 Uhr
Frau Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Herr Helmut-Ernst Kaßner
Herr Markus Klätte
Herr Gerhard Pitsch

Stadtrat
Stadtrat
Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Herr Hendrik Lange

Herr Bernhard Bönisch
Herr André Cierpinski
Herr Andreas Hajek
Herr Dr. Bodo Meerheim
Herr Wolfgang Aldag
Herr Alexander Raue

Vorsitzender des Stadtrates
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtrat

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde vom stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden **Herrn Harald Bartl** eröffnet.

zu **Frau Kramm zum Geldautomat der Sparkasse in der Kattowitzer Straße**

Frau Sigrid Kramm erkundigte sich nach dem Sparkassenersatzautomaten, welcher in der Kattowitzer Straße aufgestellt werden sollte. Nach Informationen von Frau Kramm sei das Genehmigungsverfahren zur Errichtung eines solchen Automaten noch nicht abgeschlossen. Deshalb erkundigte sich Frau Kramm nach dem aktuellen Stand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass er diese Frage nicht beantworten könne. Er sagte jedoch zu, sich zu erkundigen und Frau Kramm eine Information zukommen zu lassen.

zu **Herr Fritz zur Abfallgebührensatzung**

Herr Fritz bezog sich auf die Abfallgebührensatzung. Hier seien viele Zahlen verändert worden. Er könne jedoch nicht mehr nachvollziehen, welcher Satz zur Anwendung auf welchen Kostenblock gekommen ist. Es ginge um einen Streit über Kommunalkapitalverzinsung und Wagniszuschläge.

2011 sei ein Vertrag mit vereinbarten 4 und 6% vereinbart worden. Ein Prüfbericht des Landesrechnungshofes stelle diesen Vertrag in Frage. Im KAG LSA hieße es, die Verzinsung des Eigenkapitals richte sich nach den für Kommunalkrediten geltenden Zinsen. Die alte Abfallgebührensatzung sei demnach ein mutmaßlicher Verstoß gegen das KAG LSA. Deshalb erfragte Herr Fritz, wann er mit einer Begutachtung zurückliegender Satzungen rechnen könne.

Auch habe er der Vorlage nicht entnehmen können, dass die Verwaltung im Bereich Logistikkosten den Degressionsansatz nachweislich untersetzt.

Herr Fritz fragte, ob durch die Verwaltung eine Abrechnung vorgelegt werde.

Herr Stäglin antwortete, dass inhaltlich die Veränderungen sichtbar seien. Man habe das Thema des Wagnisses aufgegriffen. Der Prozentsatz wurde von 4 auf 3 abgesenkt.

Zum Thema Zinssatz und Kommunalkredite äußerte **Herr Stäglin**, dass der Bericht des Landesrechnungshofes intensiv ausgewertet wurde. Die Anforderungen des KAG LSA werden erfüllt. Die veränderten Zahlen zeigen, dass keine bewusste Unterdeckung eingegangen wird. Der Aspekt der Degressivität wurde ebenfalls betrachtet und berücksichtigt.

zu Herr Pethe zur Buslinie 43

Herr Winfried Pethe berichtete, dass die Buslinie 43 verlegt wird. Laut der HAVAG sollen dort die Linie 360 und 358 fahren. Diese fahren jedoch nicht zwischen 8 und 9 Uhr fröhs. Er teilte mit, dass täglich ca. 750 Fahrgäste die Buslinien nutzen. Die Fahrgäste würden so gezwungen, die Linie 2 und 5 in der Merseburger Straße zusätzlich zu nutzen. So würde die Reisezeit um 15-30 Minuten verlängert.

Die Fragen von **Herrn Pethe** lauteten deshalb, warum dies so umgesetzt wurde, dass alle 15 Minuten von der Damaschkestraße gefahren werden kann. Er erfragte, ob dann im Berufsverkehr OBS-Busse öfter fahren und ob die Anschlüsse in der Damaschkestraße bei Verspätungen sichergestellt werden oder ob man dann auf den nächsten Bus warten müsse.

Herr Stäglin wies darauf hin, dass man nicht auf alle Details der Organisationsveränderung eingehen könne. Von Seiten der HAVAG sei erklärt worden, dass die geschlossenen Ziele im Nahverkehrsplan eingehalten werden. Herr Stäglin gab den Hinweis, den Notizzettel von Herrn Pethe zur HAVAG weiterzuleiten, um von dort eine Stellungnahme zu erhalten.

Herr Pethe erklärte zudem, dass der Nahverkehrsplan im Kompottviertel und in der Leuchtturmsiedlung 800 m bis zur nächsten Haltestelle vorsieht. Laut Google Maps würde dies für den nördlichen Bereich des Nussweges jedoch nicht eingehalten.

Herr Stäglin entgegnete, dass der Nahverkehrsplan die Entfernung von Haltestellen definiere. Es gäbe Bereiche, wo es Lücken geben kann. Die Anregungen werden zur Erläuterung und Optimierung an die HAVAG weitergegeben.

zu Herr Rogahn zum TOP 7.4

Herr Jürgen Rogahn hatte eine Frage zum TOP 7.4, „außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung und Auszahlung für die Erweiterung der dortigen Kindertagesstätte“.

Herr Rogahn erklärte, dass es Handlungsbedarf in der Kindertageseinrichtung in der Albert-Schweitzer-Straße gäbe. Laut Informationen, die Herrn Rogahn vorlagen, handelte es sich nicht um eine Rekonstruktion, sondern um eine Erweiterung und eine Verdopplung der Betreuungskapazität. Herr Rogahn ist der Auffassung, dass für den Neubau auch vorhandene Spiel- und Grünflächen in Anspruch genommen werden müssen.

Herr Rogahn erkundigte sich deshalb, ob solche Maßnahmen an diesem Standort überhaupt möglich seien oder ob es sich wieder um eine Verdichtung der Bebauung handelt.

Außerdem bemängelte **Herr Rogahn** die verkehrstechnische Anbindung. Herr Rogahn erfragte, ob dies bei der Entscheidung berücksichtigt wurde und erkundigte sich bei den Stadträten, ob es mit ihrer Verantwortung vereinbar sei, in der Sitzung eine Verpflichtungsermächtigung über mehr als eine halbe Million auszusprechen.

Frau Brederlow sagte, dass es keine Verdopplung der Kita-Plätze geben wird, sondern zusätzliche Plätze geschaffen werden. Jedoch nicht so viele, wie in der bestehenden Kita. Die Bestandsgebäude, Kindertageseinrichtung Traumland und Sausewind, würden in einiger

Zeit saniert. Dort sollen die Plätze insgesamt reduziert werden, sodass am Standort das Eineinhalbfache an Kindern verbleibe.

Außerdem erklärte **Frau Brederlow**, dass somit die Bedingungen in den Gebäuden verbessert werden. Man suche derzeit nach Flächen, wo entsprechend Einrichtungen errichtet werden könnten. Auch in Ausschusssitzungen sei die Frage aufgekommen, was mit den Grünflächen und dem Baumbestand passieren wird. Die Verkehrssituation müsse in der Zukunft geklärt werden, man habe diesen Aspekt jedoch im Blick.

Weitere Einwohnerfragen lagen nicht vor. **Herr Bartl** schloss die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 26. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 46 Mitglieder des Stadtrates (80,7 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl informierte, dass folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen sind:

TOP 7.9

Bebauungsplan Nr. 176 „Landsberger Straße“ – Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2016/02168

→ **im Fachausschuss vertagt**

TOP 7.13.1

Änderungsantrag der MitBürger für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage

Neustrukturierung des Stadtschreiber-Stipendiums ab 2017

Vorlage: VI/2016/02481

→ **zurückgezogen**

TOP 8.3

Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Ersatzparkplätzen für Stadionanrainer

Vorlage VI/2016/02311

→ **im Fachausschuss vertagt**

TOP 8.4

Antrag der SPD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02196

→ zurückgezogen

Im Weiteren informierte er über folgende Änderungen und Ergänzungen:

Änderungsantrag TOP 7.14

Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02156

→ **Es lag ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion und der Fraktion MitBürger für Halle – NEUES FORUM vor.**

Änderungsantrag TOP 8.6

Antrag der Fraktion MitBürger für Halle – NEUES FORUM zu einem Werbeverbot für Alkohol und Tabakwaren

Vorlage: VI/2016/02399

→ **Beschlussvorschlag wurde geändert**

Weiterhin gab **Herr Bartl** bekannt, dass mehrere Dringlichkeiten vorliegen. Er wies darauf hin, dass zur Aufnahme auf die Tagesordnung eine 2/3 Mehrheit, also 38 Ja-Stimmen, erforderlich seien.

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendung im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 aus zusätzlichen FAG-Mitteln“

Vorlage: VI/2016/2477

→ **Hierzu lag ein ÄA der CDU/FDP-Fraktion vor**

Der Dringlichkeitsvorlage wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

→ **Behandlung unter TOP 7.16.1**

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Vorlage: VI/2016/02561

Der Dringlichkeitsvorlage wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

→ **Behandlung unter TOP 7.17**

Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht juristischer Personen des öffentlichen Rechts in § 2b UstG neue Fassung“-Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UstG
Vorlage: VI/2016/02519

Herr Häder bat um Erläuterung der Dringlichkeitsvorlage, da die Erklärung bis 31.12.2016 abgegeben werden soll, sodass dies in der Stadtratssitzung im Dezember beschlossen werden könnte.

Herr Geier erklärte, dass dies so ist. Er sei jedoch der Meinung, je früher man die Ausschlussfristen gegenüber dem Finanzamt erklärt, desto besser sei dies für den weiteren Ablauf.

Der Dringlichkeitsvorlage wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

➔ **Behandlung unter TOP 7.18**

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bildung Betrieb von Kindertageseinrichtungen“
Vorlage: VI/2016/02509

Der Dringlichkeitsvorlage wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

➔ **Behandlung unter TOP 7.19**

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VI/2016/02518

Dem Dringlichkeitsantrag wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

➔ **Behandlung unter TOP 9.2**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzung in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2016/02530

Dem Dringlichkeitsantrag wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

➔ **Behandlung unter TOP 9.3**

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbesetzung im Kulturausschuss
Vorlage: VI/2016/02566

Dem Dringlichkeitsantrag wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

➔ **Behandlung unter TOP 9.4**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: VI/2016/02573

Dem Dringlichkeitsantrag wurde mit 2/3 Mehrheit zugestimmt.

→ **Behandlung unter TOP 9.5**

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung. Herr Bartl bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 26.10.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.10.2016
Vorlage: VI/2016/02517
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: VI/2016/02381
- 7.2. Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Geschäftsordnung für den Beirat und Entsendung städtischer Vertreter
Vorlage: VI/2016/02454
- 7.3. Besetzung des Engagement-Beirates
Vorlage: VI/2016/02341
- 7.4. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bildung für das Vorhaben „neue Kindertagesstätte am Standort Albert-Schweitzer-Str. 25“
Vorlage: VI/2016/02336

- 7.5. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 für Bildung und Teilhabe nach dem SGB II
Vorlage: VI/2016/02442
- 7.6. Genehmigung von über/ außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und von über/ außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Bildung
Vorlage: VI/2016/02445
- 7.7. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 154 "Einkaufszentrum Vogelweide" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02256
- 7.8. Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02048
- 7.9. Bebauungsplan Nr. 176 "Landsberger Straße" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02168 **vertagt**
- 7.10. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 156 Mühlgrabenbrücke Abfahrt südlich (BR 015)
Vorlage: VI/2016/02342
- 7.11. Baubeschluss - 1. Bauabschnitt Umbau Turnhalle zu einer Mensa und Sanierung der Aula - Neues Städtisches Gymnasium
Vorlage: VI/2016/02268
- 7.12. Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 175 Elsterbrücke Burg (BR 088)
Vorlage: VI/2016/02354
- 7.13. Neustrukturierung des Stadtschreiber-Stipendiums ab 2017
Vorlage: VI/2016/02359
- 7.13.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Neustrukturierung des Stadtschreiber-Stipendiums ab 2017
Vorlage: VI/2016/02481 **zurückgezogen**
- 7.14. Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02156
- 7.14.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur ersten Änderungssatzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02156
Vorlage: VI/2016/02576
- 7.14.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ersten Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02586

- 7.15. Namensgebung einer Schule, IGS.Halle Am Steintor
Vorlage: VI/2016/02302
- 7.16. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 aus zusätzlichen FAG-Mitteln
Vorlage: VI/2016/02477
- 7.16.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 aus zusätzlichen FAG-Mitteln"
Vorlage: VI/2016/02557
- 7.17. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02561
- 7.18. Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht juristischer Personen des öffentlichen Rechts in § 2b UStG neue Fassung-Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG-
Vorlage: VI/2016/02519
- 7.19. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Bildung Betrieb von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VI/2016/02509
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Gründung eines Runden Tisches „motorisierter Individualverkehr“
Vorlage: VI/2016/02241
- 8.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VI/2016/02310
- 8.3. Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Ersatzparkplätzen für Stadionanrainer
Vorlage: VI/2016/02311 **vertagt**
- 8.4. Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196 **zurückgezogen**
- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften
Vorlage: VI/2016/02329
- 8.5.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften (Vorlagen-Nr.: VI/2016/02329)
Vorlage: VI/2016/02358

- 8.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einem Werbeverbot für Alkohol und Tabakwaren
Vorlage: VI/2016/02399
- 8.7. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherstellung einer kinderärztlichen Versorgung im Stadtteil Heide-Nord
Vorlage: VI/2016/02183
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu historischen Ortsbezeichnungen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02497
- 9.2. Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VI/2016/02518
- 9.3. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2016/02530
- 9.4. Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbesetzung im Kulturausschuss
Vorlage: VI/2016/02566
- 9.5. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: VI/2016/02573
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Empfehlungen des Hochwasserbeirates
Vorlage: VI/2016/02485
- 10.2. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Ersatz eines Spielplatzes
Vorlage: VI/2016/02486
- 10.3. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Angebot von Pachtverträgen in Halle-Dautzsch
Vorlage: VI/2016/02390
- 10.4. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zum Anspruch auf kostenfreie Schülerbeförderung
Vorlage: VI/2016/02498
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Drogenhandel am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2016/02433
- 10.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Kunstwerken im Stadtraum
Vorlage: VI/2016/02389

- 10.7. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Dauer der Verbuchung von Spenden an Einrichtungen in städtischer Trägerschaft
Vorlage: VI/2016/02489
- 10.8. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Grundstücksverkäufen der Stadt Halle im Jahr 2016
Vorlage: VI/2016/02490
- 10.9. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Krippenplatzversorgung
Vorlage: VI/2016/02491
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Apothekenbereitschaft in Halle-Neustadt
Vorlage: VI/2016/02395
- 10.11. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Versorgung traumatisierter unbegleiteter minderjährige Ausländer*innen
Vorlage: VI/2016/02499
- 10.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz bei städtischen Grundstücksgeschäften
Vorlage: VI/2016/02500
- 10.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Informationen für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner
Vorlage: VI/2016/02502
- 10.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur künftigen Radverkehrsförderung
Vorlage: VI/2016/02504
- 10.15. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur präventiven Begrünung von städtischen Gebäuden
Vorlage: VI/2016/02190
- 10.16. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anbringung von Werbung am Marktplatz
Vorlage: VI/2016/02401
- 10.17. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schulgärten
Vorlage: VI/2016/02492
- 10.18. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beleuchtung des Stadtbadturmes
Vorlage: VI/2016/02493
- 10.19. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Verbesserung des Stadtklimas durch City Trees
Vorlage: VI/2016/02494
- 10.20. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Funktionalität erneuerter Straßenlaternen
Vorlage: VI/2016/02495

11. Mitteilungen
 - 11.1. Schuldenbericht 2014- 2015
Vorlage: VI/2016/02371
 - 11.2. Quartalsbericht II/2016 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2016/02298
 - 11.3. Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse November 2016
Vorlage: VI/2016/02562
12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 26.10.2016

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 26.10.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.10.2016 Vorlage: VI/2016/02517

Herr Bartl informierte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung vom 26.10.2016 ausgegangen und somit bekannt gegeben wurden.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde ein Wortprotokoll durch die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) beantragt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadträte. Ich möchte beginnen mit der Ehrung von Hans-Dietrich Genscher. Wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe – und das ist auch Ihr Wille – möchte die Stadt Halle dem großen Staatsmann und Botschafter der Stadt ehrenvoll

gedenken. Eine Arbeitsgruppe der Fraktion unter dem Vorsitz des Stadtrates Herrn Dr. Wöllenweber konnte sich nicht abschließend verständigen. Ich werde deshalb im Stadtrat im Dezember, in der Sitzung, einen Entscheidungsvorschlag diesbezüglich einbringen.

Zur Theater-, Oper- und Orchester GmbH

Hintergrund: Das Land hatte mit einem Fördervertrag seinen Zuschuss für die Theater-, Oper- und Orchester GmbH um 3 Millionen Euro gekürzt und keine Haustarife zugelassen. Außerdem wurde ein Personalabbau von 131 Stellen bis zum Jahr 2019 vorgegeben. Die Stadt muss auf der Grundlage dieses Vertrages in den Jahren 2014 bis 2018 zudem ihren jährlichen Haushaltsansatz von 2,7 auf insgesamt 13,3 Millionen Euro erhöhen. Daraufhin hatte der Staatsminister signalisiert, dass er gern zu Gesprächen dazu bereit ist. Ein Gespräch ist jetzt terminiert für den 05.12.2016 mit Staatsminister Rainer Robra und dem Kulturstaatssekretär Gunnar Schellenberger.

Meine Damen und Herren, für die Wohnungsbaupolitik haben Sie eine Entscheidung getroffen im Hinblick darauf, die soziale Wohnsituation gerade bei unseren Wohnungsgesellschaften näher zu untersuchen und dort ein Handlungskonzept zu entwickeln. Ich möchte Ihnen ganz gern diese Studie, die InWies Studie, im Auftrag der Verbände Bündnis Wohnungsbau ans Herz legen. Mit dieser Studie, mit einem Instrumentenkasten für wichtige Handlungsfelder der Wohnungsbaupolitik, finden wir sehr viele Grundlagen, die wir für unsere Stadt benötigen können. Das heißt, dies könnte die Grundlage sein, um Ihrem Auftrag gerecht zu werden. Deshalb dieser Hinweis auf diese Studie.

Zu den Bundesleistungszentren für den Spitzensport

Auch hier, nachdem Sie eine Beschlussfassung dazu hier im Stadtrat vorgenommen haben, haben wir auf Grund unserer Anschreiben Antwortschreiben unter anderem erhalten vom BMI am 24.10. und vom Deutschen Olympischen Sportbund am 08.11.2016. Beide übereinstimmend mit dem Tenor, dass sie sich drauf verständigt haben, die Anerkennung aller Bundesstützpunkte der olympischen Sommersportarten zunächst um ein weiteres Jahr bis Ende 2017 zu verlängern. Hintergrund ist, und das sind die Erwartungen an die Leistungsstützpunkte, es müssen dort starke Trainingsgruppen vorhanden sein und eine bestmögliche Trainingsbedingung als zwingende Voraussetzungen für den Fortbestand dieser Stützpunkte. Dieses ist aus meiner Sicht zu realisieren. Auch in der Vorbereitung der Entscheidung, sodass wir weiterhin hier guter Hoffnung sind, mit Ihrer Unterstützung dann auch hier die Leistungsstützpunkte zu erhalten.

Zum SKV Kita gGmbH

Auch hier nochmal die Auswirkung auf die Eltern: Die Betreuung der Kinder ist und bleibt in allen Varianten zu jedem Zeitpunkt in vollem Umfang gesichert.

Zu den personellen Auswirkungen: Im Falle einer Übernahme des SKV Kita gGmbH durch einen anderen Träger werden alle Mitarbeiter, einschließlich der Erzieher, Erzieherinnen, übernommen und die Tarife beibehalten.

Die Mitwirkung anderer Behörden: Die Stadt Halle hat frühzeitig den Landesrechnungshof und die Kommunalaufsichtsbehörde zur begleitenden Beratung einbezogen. Die Stadt hat im November 2009 den SKV und alle anderen Träger bereits schriftlich ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Investitionskosten und Abschreibungen keine erstattungsfähigen Kosten zum Betrieb einer Kita sind. Angehängt war der Erlass des MS, des Sozialministeriums, vom 20.05.2009, der dies ausdrücklich vorsieht. Sechs von 37 Trägern haben unzulässig Investitionskosten und Abschreibungen geltend gemacht. Das Insolvenzverfahren wurde von der SKV selbst eingeleitet.

Es hat eine Informationsveranstaltung für Eltern, Erzieherinnen und Erzieher der SKV Kita gGmbH am 07.11.2016 hier in diesem Saal stattgefunden. Es gibt aktuell einen Beschluss des Amtsgerichts vom 08.11.2016. Die Gläubigerversammlung soll am 01.12.2016

stattfinden. Die Erörterung eines von der SKV Kita gGmbH vorgelegten Insolvenzplanes soll dort stattfinden. Und eine Abstimmung über diesen Insolvenzplan.

Weiteres dazu im nicht öffentlichen Teil.

Zum Halleschen Kunstpreis

Der ist in diesem Jahr gegangen an Ulrich Reimkasten, Professor für Malerei und Textil. Viele von Ihnen waren auch dabei. Neu ist der Veranstaltungsort im Jahr 2017. Das soll das Kunstforum sein in der Bernburger Straße. Darüber hinaus hat die Saalesparkasse den Preis künftig mit 5.000,00 € dotiert.

Meine Damen und Herren, alles Weitere dann im nicht öffentlichen Teil, für die entsprechenden Bereiche. Herzlichen Dank.

(Ende des Wortprotokolls)

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bartl dankt dem Oberbürgermeister für dessen Bericht und teilt den Mitgliedern mit, dass jede Fraktion zwei Mal drei Minuten sprechen dürfen, wenn dies gewünscht sei.

Herr Bernstiel hatte eine Nachfrage zur Folie der TOOH. Er fragte, ob die Erhöhung um 13,3 Millionen Euro richtig sei. Man wäre somit bei über 30 Millionen. **Herr Bernstiel** erkundigte sich, ob die 20,7 Millionen Euro vom Haushaltsansatz der Stadtverwaltung kommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass dies den Haushaltsansatz der Stadt auf vier Jahre betreffe.

Herr Bernstiel erfragte, ob auf den Haushaltsansatz der 20 Millionen dann die Erhöhung um 13,3 Millionen aufgerechnet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bejahte, mit dem Hinweis, dass dies den Zeitraum 2014 bis 2018 betreffe.

Herr Dr. Wöllenweber berichtete, dass man vor einer Woche in einem Gespräch den Sachstand zu Hans-Dietrich-Genscher dargelegt habe. Es kam jedoch zu keinem Ergebnis. Von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand sei signalisiert worden, eine Vorlage sowie zwei Vorschläge einzubringen. Man sei verwundert über den Gang des Oberbürgermeisters an die Öffentlichkeit. Man halte es für schwierig, da bereits 12 Vorschläge diskutiert worden seien. **Herr Dr. Wöllenweber** befürchtet, wenn Diskussionen in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, dass dieses Problem sowie die Thematik eher schwierig werden könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, er habe keinen Einfluss darauf, was Medien mit Umfragen belegen. Er findet jedoch gut, dass die Mitteldeutsche Zeitung diese Thematik aufgreift. Dies sei jedoch eine Entscheidung der Mitteldeutschen Zeitung und nicht des Oberbürgermeisters.

Herr Feigl findet es ungünstig, eine Regionalzeitung damit zu beauftragen, ein Stimmungsbild abzugeben. Man sei sich in der Arbeitsgruppe einig gewesen, die Thematik mit Sorgfalt und Bewusstsein zu behandeln. Eine Diskussion, wie bei Ernennung des

Ehrenbürgers Peter Sodan, sollte nicht wiederholt werden. Durch die Austragung in der Öffentlichkeit würde das Ansehen der Ehrenbürger untergraben werden.

Herr Krause fragte, mit welchem Ziel der Oberbürgermeister ins Gespräch hinsichtlich der TOOH gehe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass das Land signalisiert habe, dass es in der Kulturförderung nachbessern möchte. Dazu laufen derzeit im Landtag Haushaltsberatungen. Im Gespräch solle geklärt werden, ob das Land den Finanzierungsvertrag ändern oder möglicherweise die allgemeinen Zuwendungen erhöhen will.

Herr Krause erkundigte sich außerdem, ob Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand das Gespräch allein wahrnehmen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass er das Gespräch zunächst allein wahrnehmen werde, da es sich um eine persönliche Einladung handele. Das schließe aber nicht aus, dass man sich dann gemeinsam darüber austauschen werde.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung** **Vorlage: VI/2016/02381**

Herr Bartl informierte, dass für den Beschlusspunkt 1 eine gesetzliche Mehrheit erforderlich sei.

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt 31 Ja-Stimmen 14 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt unter dem Vorbehalt der Genehmigung und dem Inkrafttreten der 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) die Ergänzung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) unter Abschnitt I Ziffer 2 - Entscheidungsbefugnisse des Finanzausschusses - um folgende Nummer:

„7. die Beendigung von Verhandlungen mit potentiellen Investoren über Investitionen mit einer Höhe von mehr als 5.000.000 Euro.“

**zu 7.2 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH - Geschäftsordnung für den Beirat und Entsendung städtischer Vertreter
Vorlage: VI/2016/02454**

Herr Krause informierte, dass für die SPD-Fraktion Frau Hintz in den Beirat berufen werden soll.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 27.09.2016:

Die Geschäftsordnung für den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsendet folgende städtische Vertreter in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH:

- (1) Harald Bartl
- (2) Rudenz Schramm
- (3) Katharina Hintz
- (4) Dr. Inés Brock
- (5) Denis Häder

**zu 7.3 Besetzung des Engagement-Beirates
Vorlage: VI/2016/02341**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beruft gemäß § 6 Absatz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements i. V. m. § 79 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt für die Dauer von 2 Jahren einen Engagement-Beirat, in den folgende Institutionen/Personen als Mitglied berufen werden:

1. Stadtverwaltung Halle (Saale) - Der Oberbürgermeister
2. Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
3. BÜRGER.STIFTUNG.HALLE
4. Arbeitskreis Christlicher Kirchen
5. Technisches Hilfswerk Ortsverband Halle-Saalkreis
6. LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V.
7. Stadtsportbund Halle
8. Verband der Migrantenorganisationen Halle (Saale) e.V.
9. Kinder- und Jugendrat Halle (Saale)
10. Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale)
11. Allgemeiner Behindertenverband in Halle e.V.
12. Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis
13. Stadtelternrat
14. Förderverein Pro Halle e.V.
15. Freiraumgalerie Halle/Saale
16. CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
17. Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
18. SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
19. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
20. Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

**zu 7.4 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bildung für das Vorhaben „neue Kindertagesstätte am Standort Albert-Schweitzer-Str. 25“
Vorlage: VI/2016/02336**

Frau Dr. Brock nahm Bezug auf die Anfrage des Bürgers, Herrn Rogahn, ob der Verkehrsmanager dort zum Einsatz kommen wird.

Herr Stäglin erklärte, dass der Auftrag des Verkehrskordinators die Tiefbaumaßnahmen betrifft. Er wird keine Verkehrsuntersuchungen oder Betrachtungen für Hochbaueinrichtungen vornehmen. Bei Erfordernissen müsste sich die Stadt die Situation ansehen.

Frau Winkler erklärte, man habe das Gebäude in der Schopenhauerstraße verkauft und nun investiere man neu. Auch Bürger, die im Paulusviertel wohnen und ihre Kinder in der Einrichtungen haben, sprachen Frau Winkler schriftlich an, dass man kein Verständnis habe, dass Freiflächen durch eine Vergrößerung des Gebäudes reduziert werden und dadurch weniger Grünfläche für die Kinder vorhanden sein wird.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass dies mit der Wirtschaftlichkeit zu tun habe. Der Umbau des Verwaltungsgebäudes in der Schopenhauerstraße sei nicht geeignet für eine Kindertageseinrichtung. Die Sanierungsmaßnahmen dafür würden mehrere Millionen Euro betragen. Für die Verringerung der Grünfläche sei geprüft worden, wie viele Kinder aufgenommen werden könnten, damit die Freifläche ausreichend ist. Die Grünfläche sei ausreichend. Auch der Baumbestand werde möglichst erhalten.

Herr Häder fragte, ob geprüft wurde, die Einrichtung als Ersatzneubau mehrgeschossig zu bauen, sodass der Neubau die Kapazität der bestehenden und der erweiterten aufnehmen, die Bestands-Kita abgerissen werden und eine größere Freifläche entstehen kann.

Frau Brederlow sagte, dass Kindertageseinrichtungen nicht zu viele Geschosse haben können.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsförderungsmaßnahme:

PSP-Element 8.36501012 Kita Traumland/ Sausewind
Finanzpositionsgruppe 781 Auszahlungen für Zuwendungen für
Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 615.700 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.36501011 Kita – 300 Plätze Neubau/ Erweiterung (HHPL Seite 1192)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 615.700 EUR.

II.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.36501012 Kita Traumland/ Sausewind
Finanzpositionsgruppe 781 Auszahlungen für Zuwendungen für
Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 3.384.300 EUR.

Die Deckung der VE erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.22101013 Förderschulzentrum C.-Schorlemmer-Ring 62/64 (HHPL Seiten 1126 und 1293)
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 3.384.300 EUR.

**zu 7.5 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 für Bildung und Teilhabe nach dem SGB II
Vorlage: VI/2016/02442**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (HHPL Seite 973)

Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 728.200 EUR

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

16_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 993)

Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 728.200 EUR

Zu I.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.31201 Leistungen nach SGB II (HHPL Seite 969)

Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 529.000 EUR

1.31260 Bildung und Teilhabe SGB II (HHPL Seite 973)

Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 199.200 EUR

Zu II.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

16_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 993)

Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 529.000 EUR und

Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 199.200 EUR

**zu 7.6 Genehmigung von über/ außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und von über/ außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Bildung
Vorlage: VI/2016/02445**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgende Produkte:

1.36303 Hilfe zur Erziehung für Minderjährige (HHPL Seite 1166)

Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 4.679.009 EUR

1.36304 Hilfen für junge Volljährige/ Eingliederungshilfe (HHPL Seite 1169)

Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 902.367 EUR

1.36307 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (HHPL Seite 1175)

Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 662.373 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36308 Hilfen zur Erziehung/ umA (unbegleitet einreisende minderjährige Ausländer)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 4.791.455 EUR.

III. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstellen:

Finanzstelle 16_4_510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 6.243.749 EUR.

IV. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstellen:

Finanzstelle 16_4_510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 4.791.455 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt zu I. erfolgt aus folgenden Produkten:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1180)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.291.214 EUR

1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen (HHPL Seite 1241)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 4.952.535 EUR

Die Deckung im Ergebnishaushalt zu II. erfolgt aus folgendem Produkt:

1.36308 Hilfen zur Erziehung/ umA (unbegleitet einreisende minderjährige Ausländer)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 4.791.455 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt zu III. erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

16_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.291.214 EUR

16_9-901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL Seite 1244)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 4.952.535 EUR

Die Deckung im Finanzhaushalt zu IV. erfolgt aus folgender Finanzstelle:

16_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 4.791.455 EUR

**zu 7.7 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 154 "Einkaufszentrum Vogelweide"
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02256**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ mit Vorhaben- und Erschließungsplan sowie die Begründung in der Fassung vom 14.09.2016
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 154 „Einkaufszentrum Vogelweide“ mit Vorhaben- und Erschließungsplan sowie die Begründung in der Fassung vom 14.09.2016 sind öffentlich auszulegen.

zu 7.8 Bebauungsplan Nr. 155 "Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02048

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ in der Fassung vom 13.09.2016 sowie die Begründung zum Entwurf in der Fassung vom 13.09.2016.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost“ in der Fassung vom 13.09.2016 sowie die Begründung zum Entwurf in der Fassung vom 13.09.2016 sind öffentlich auszulegen.

zu 7.9 Bebauungsplan Nr. 176 "Landsberger Straße" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02168

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 176 „Landsberger Straße 29“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,6 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

zu 7.10 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 156 Mühlgrabenbrücke Abfahrt südlich (BR 015)
Vorlage: VI/2016/02342

Herr Doege erklärte, dass nicht ersichtlich sei, was man verkehrsorganisatorisch zu erwarten habe. Außerdem sei die Maßnahme zeitlich mit den bisherigen Maßnahmen an der Magistrale verbunden. **Herr Doege** regte an, erst die Baumaßnahme auf der Magistrale zu beenden, bevor die Abfahrt gestaltet werde.

Herr Stäglin erklärte, dass der Stadtrat zwar den Bau und die Form der Bauausführung beschließe, jedoch nicht die Bauzeit. Diese sei abhängig von verkehrsbehördlichen Anordnungen. Es handle sich dabei um den übertragenen Wirkungskreis. Die Straßenverkehrsbehörde ordnet insbesondere Umleitungsstrecken und Sperrungen an. Deshalb gäbe es einen Verkehrskordinator, welcher die Maßnahmen in der Gesamtheit betrachte und die jeweiligen Bauzeiten aufeinander abstimme.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 156 Ersatzneubau der Mühlgrabenbrücke, Abfahrt südlich, entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 7.11 Baubeschluss - 1. Bauabschnitt Umbau Turnhalle zu einer Mensa und Sanierung der Aula - Neues Städtisches Gymnasium
Vorlage: VI/2016/02268

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt als 1. Bauabschnitt der Sanierung des Gesamtkomplexes Gutjahrstraße1/Dreyhauptstraße 1 den Umbau der Turnhalle zu einer Mensa und die Sanierung der Aula.

**zu 7.12 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 175 Elsterbrücke Burg (BR 088)
Vorlage: VI/2016/02354**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 175 Ersatzneubau der Elsterbücke Burg entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasser-schäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 7.13 Neustrukturierung des Stadtschreiber-Stipendiums ab 2017
Vorlage: VI/2016/02359**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, das Stadtschreiber-Stipendium in der dargestellten Art und Weise (siehe Anlage 1) neu zu vergeben, und beauftragt die Verwaltung, das Stipendium schnellstmöglich auszuschreiben.

**zu 7.13.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Beschlussvorlage Neustrukturierung des Stadtschreiber-Stipendiums ab
2017
Vorlage: VI/2016/02481**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, das Stadtschreiber-Stipendium in der dargestellten Art und Weise (siehe Begründung **inklusive der kenntlich gemachten Änderungen**) neu zu vergeben, und beauftragt die Verwaltung, das Stipendium entsprechend der beigefügten Ausschreibung (siehe Anlage 1) schnellstmöglich auszuschreiben.

zu 7.14 **Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2016/02156

zu 7.14.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur ersten Änderungssatzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage:VI/2016/02156**
Vorlage: VI/2016/02576

zu 7.14.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ersten Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2016/02586

Herr Schachtschneider bat die Verwaltung, kurz auf die Beschlussvorlage und die Änderungsanträge einzugehen.

Frau Brederlow erklärte, man habe die Vorlage im Bildungsausschuss besprochen, insbesondere wegen Fragen der Eltern, welche im letzten Stadtrat auftraten. Auch der Stadtsingechor spiele eine Rolle. In allen Beratungen habe die Verwaltung erläutert, warum die Beschlussvorlage beibehalten werden sollte. Hier seien Schulbezirke definiert, Straßen zusammenhängend abgebildet und auch die Schulwege entsprechend der Kinder dargestellt.

In der letzten Sitzung des Bildungsausschusses kam die Thematik hinzu, dass die Francke-Grundschule nicht so groß werden würde, dass der Stadtsingechor keinen Platz mehr hätte. Einige Schüler des Stadtsingechores gehen mit Ausnahmegenehmigung in die Francke-Grundschule.

Würde man den Änderungsanträgen so zustimmen, würde dies für die Francke-Grundschule eine minimale Erhöhung der Schülerzahl in den einzelnen Schuljahren bedeuten. Gravierender wäre jedoch, dass der Grundsatz, dass Straßenzüge zusammenhängend der Grundschule zugeführt werden, nicht mehr ganz eingehalten wird. Einzelne Straßen würden nicht mehr komplett in die jeweilige Schule gehen. Eine eindeutige Grenzziehung wäre nicht mehr gegeben. Es müsse die Entwicklung an den Schulen in den kommenden Schuljahren beobachtet werden. Ausgeschlossen sei nicht, dass dazu in 2 Jahren nochmal eine Änderungssatzung erforderlich wird.

Herr Schachtschneider äußerte, die Diskussion im letzten Bildungsausschuss sei keine Sachdiskussion mehr gewesen, sondern fast eine politisch-ideologische Diskussion.

Herr Schachtschneider war der Auffassung, man müsse auch die Meinungen und Probleme der betroffenen Eltern anhören und anschauen. Der Antrag der Fraktion sei eine Reaktion, es dahingehend zu ändern, dass man die Aufgaben der Francke-Grundschule kleiner und die Aufgaben damit lösbarer macht. Es bringe nichts, sich durch eine Umkonstruktion der Schulbezirke zusätzliche Probleme an einer Schule zu schaffen.

Nach Auffassung von **Herrn Schachtschneider** könne man einzelne Straßen verändern, auch wenn einige Straßen geteilt werden würden, um Probleme gerechter aufzuteilen und

Kinder des Stadsingechores mit Ausnahmegenehmigung in der Francke-Grundschule beschult werden könnten. Auch wenn diese von weiter weg anreisen.

Herr Häder erklärte zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, dass dies keine Reaktion auf den Antrag der CDU sei. Die CDU habe in ihrem Antrag die Willy-Brandt-Straße vergessen. Sie möchte die Dryanderstraße welche hinter der Willy-Brandt-Straße liegt, dem Schulbezirk der August-Hermann-Francke Schule zuordnen. Diese würde, wenn man dem Änderungsantrag zustimmen würde, weiterhin der Johannesschule zugeordnet werden. Was nach Meinung von Herrn Häder überzogen wäre. Es mache keinen Sinn, den Schulbezirk in der Willy-Brandt-Straße zu teilen, da Schüler der Franckeschule künftig 500m weiter in die Johannesschule gehen würden.

Der Vorschlag lautete deshalb, ausschließlich den Bereich der Willy-Brandt-Straße 57-89 dem Schulbezirk der Grundschule August-Hermann-Francke weiterhin zuzuordnen und im Gegenzug, beispielsweise das Bahnhofsviertel der Grundschule Johannes zuzuordnen.

Hintergrund des Antrages seien die Wegebeziehungen und die Überfüllung der Grundschule August-Hermann Francke. Ziel müsse sein, die Franckeschule im Hinblick auf die Schülerzahl zu entlasten. Im Hinblick auf die Unklarheiten der Anträge bat **Herr Häder** darum, den Beschluss zu vertagen und im nächsten Stadtrat eine Beschlussfassung darüber zu treffen und im nächsten Bildungsausschuss ausführlich noch einmal zu beraten.

Frau Seidel-Jähniq erklärte, in der SPD-Fraktion sei man geneigt, Teilen des Antrages der CDU zuzustimmen. Man habe im Bildungsausschuss Diskussionen mit den Schulleiternratsvertretern geführt. Der CDU-Antrag stelle einen Kompromiss dar und man habe die Vorstellung, dass mit einem Kompromiss die Akzeptanz in der Schule für die Änderungen größer wird. Die Johannesschule soll durch den Änderungsantrag der CDU weiterhin entlastet werden. Teilweise hätten mehr Kinder in den entsprechenden Straßenzügen kürzere Schulwege. Somit würden die Vorteile überwiegen.

Frau Seidel-Jähniq beantragte eine kurze Auszeit zur Beratung vor der Abstimmung.

Herr Dr. Wend erklärte, man richte sich bei der Beschlussfassung nach Vermutungen, nämlich, wie sich die Sozialstrukturen in den Schulen entwickeln. **Herr Dr. Wend** hätte sich gewünscht, dass man die Lehrer und Erzieher in den Horten besser eingebunden hätte. So würde die Verwaltung nie 100% Zustimmung erhalten.

Frau Brederlow machte zur Argumentation von Herrn Häder deutlich, dass auch die Grundschule Glaucha ein Grund für die Beschlussvorlage sei. Diese wird in erster Linie eröffnet, um die anderen Schulen zu entlasten.

Auf die Aussage von Herrn Dr. Wend wies **Frau Brederlow** darauf hin, dass keine Vorlage eingebracht werden könnte, welche für alle positiv wäre. Es gäbe immer Auseinandersetzungen. Sie erklärte, die Verwaltung würde empfehlen, beiden Änderungsanträgen zuzustimmen, um weitere Wartezeiten zu vermeiden.

Frau Ranft stellte fest, dass seitens der Verwaltung keine inhaltliche Zustimmung zu den Änderungsanträgen gegeben wird, sondern diese nur auf Grund des Zeitmangels erfolgt. Es sei nicht Aufgabe der Verwaltung, eine Sozialstruktur zu schaffen. Man sei sich im Bildungsausschuss einig gewesen, dass man dem Antrag der Verwaltung folgt. Sie plädierte dafür, die Anträge abzulehnen und dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, da auch der Antrag der MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM eine Schule entlastet und eine andere hinsichtlich der Schülerzahl belastet.

Herr Schachtschneider fand es positiv, dass sich die Verwaltung auch nach langen Diskussionen verändert. Die CDU würde dem Antrag der MitBÜRGER in Gänze zustimmen. Herr Schachtschneider geht davon aus, dass sich die Schülerzahl nicht groß verändert und die Franckeschule mehr belastet wird. Er plädierte für einen schnellen Beschluss. Man könne im Stadtrat oder in den Ausschüssen nicht alle Probleme lösen. Man könne aber der Schule eine Chance ermöglichen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das Problem zu lösen.

Herr Kieslich schloss sich der Ausführung von Frau Ranft an, fand es jedoch schade, dass die CDU den Änderungsantrag so kurzfristig gestellt hat und man im Bildungsausschuss nicht diskutieren konnte. Deshalb würde die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) die Änderungsanträge ablehnen.

Herr Häder betonte für die MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, dass es nicht darum ging, auf soziale Problematiken einzugehen, sondern man nicht nachvollziehen konnte, warum die Willy-Brandt-Straße geteilt wird. **Herr Häder** habe sich die Situation in der Franckeschule angeschaut und festgestellt, dass die Schule schon überfüllt ist. Deshalb gäbe es die Überlegung, das Bahnhofsviertel in der Johannesschule zu belassen.

Herr Häder appellierte zudem an die CDU, wenn weitere drei Straßen der Schule mit zugeordnet werden würden, kaum Kapazität für Schüler mit Ausnahmegenehmigung bleiben würde. Die Franckeschule sollte von der Schüleranzahl her stärker entlastet werden. Die Johannesschule sei größer als die Franckeschule.

Herr Dr. Wend regte an, dass man auf Grund der Debatte auf die Auszeit verzichten könne. Er sagte an Frau Ranft gerichtet, dass man durch Verteilung der Schüler keine Sozialpolitik betreiben wolle. Man nehme die Situation an den Schulen ernst und deshalb gäbe es den Änderungsantrag.

Frau Dr. Wünscher stellte gegenüber Frau Ranft klar, man sei sich im Bildungsausschuss nicht einig gewesen war.

Frau Dr. Wünscher nahm Bezug auf Herrn Häder und erklärte, es gäbe jährlich ca. 12-15 Schüler im gesamten Stadtgebiet, welche in den Stadtsingechor nachwachsen. Davon gingen normalerweise die Hälfte in die Franckeschule und die andere Hälfte in die Montessorischule. Es gäbe wenige Schüler davon, welche von den Eltern zu den Franckeschen Stiftungen gebracht und abgeholt werden. Deshalb gäbe es maximal 5 Schüler zusätzlich, welche eine Ausnahmegenehmigung für die Franckeschule benötigen würden. 5 Schüler seien eine Kapazität, die auch die Franckeschule noch verkraften könnte.

Frau Brederlow stellte klar, dass der Grund, warum man nicht nochmal auf die Anträge eingeht, der Zeitfaktor sei. Die Briefe für die Eltern seien bereits vorbereitet. Sie gab Herrn Kieslich Recht, es sei besser gewesen, man hätte solche Dinge in den Lesungen vorher bereits eingebracht. Die Anträge unterscheiden sich jedoch von dem, was die Eltern zunächst an Vorschlägen gebracht haben. Deshalb gab es die Abwägung, den Anträgen zuzustimmen, um weitere Sitzungen zu vermeiden.

Frau Nagel beantragte eine Auszeit von 5 Minuten.

Frau Dr. Brock bat um eine Klarstellung, da nicht verstanden wurde, ob es eine Abstimmung der Änderungsanträge geben wird, wer was übernimmt.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Bartl erklärte, dass beide Änderungsanträge getrennt abgestimmt werden.

Herr Kieslich erklärte, man würde seitens der Fraktion DIE LINKE die Änderungsanträge ablehnen. Für den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM beantragte **Herr Kieslich** eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Herr Schachtschneider nahm eine Änderung im Änderungsantrag der CDU/ FDP Stadtratsfraktion vor. Er ließ die Dryanderstraße streichen. Damit würde man als Fraktion dem Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM folgen.

Stellvertretender Vorsitzender Herr Bartl gab bekannt, dass im Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion im dritten Absatz die Dryanderstraße zu streichen ist.

Frau Brederlow stellte nochmals klar, dass man bei der Verwaltungsvorlage bleiben wird. Die Verwaltung bat darum, dass die Änderungsanträge abgestimmt werden. Fachlich gäbe es keine Möglichkeit, den Änderungsanträgen zuzustimmen.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Bartl** ließ zunächst die Änderungsanträge abstimmen.

**zu 7.14.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur ersten Änderungssatzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage:VI/2016/02156
Vorlage: VI/2016/02576**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die im Anhang zu Beschlusspunkt 1.4 der Dritten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 festgelegten Schulbezirke der Grundschulen „August Hermann Francke“, Glaucha und Johannes werden wie folgt geändert:

Die Bruckdorfer Straße, die Buddestraße, die Ernst-Kamieth-Straße, die Kirchnerstraße, die Merseburger Straße, die Maybachstraße, die Raffineriestraße und Rudolf-Ernst-Weise-Straße verbleiben im Schulbezirk der Grundschule Johannes.

Die Beyschlagstraße und die Gräfestraße werden aus dem Schulbezirk der Grundschule Johannes in den Schulbezirk der Grundschule „August Hermann Francke“ überführt.

Der Markplatz verbleibt im Schulbezirk der Grundschule „August Hermann Francke“

**zu 7.14.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ersten Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02586**

Abstimmungsergebnis: **EinzelpunktAbstimmung**

Pkt. 1 einstimmig zugestimmt
Pkt. 2 mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Erste Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) wird dahingehend geändert, dass

1. die Willy-Brandt-Straße 57-89 wie in der noch geltenden Satzung der Grundschule „August Hermann Francke“ zugeordnet bleibt.
2. die Zuordnung von Straßen bzw. Straßenteilen östlich des Riebeckplatzes und der Merseburger Straße wie in der noch geltenden Satzung erhalten bleibt.

Nun ließ **Herr Bartl** die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

**zu 7.14 Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02156**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur ersten Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung Schulbezirkssatzung - nebst der neugefassten Anlage Straßenverzeichnis – Zuordnung der Straßen der Stadt Halle (Saale) zu Schulbezirken von Grundschulen und Sekundarschulen.

**zu 7.15 Namensgebung einer Schule, IGS.Halle Am Steintor
Vorlage: VI/2016/02302**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die IGS Halle in der Adam-Kuckhoff-Straße 37 in

IGS.Halle Am Steintor

umzubenennen.

zu 7.16 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das

**zu 7.16.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage
“Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt
und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das
Haushaltsjahr 2016 aus zusätzlichen FAG-Mitteln“
Vorlage: VI/2016/02557**

Herr Bernstiel erklärte, der Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion beziehe sich auf die 150.000,00 €, welche zur Sanierung der Elektroanlage im Grundstück, Reihe 78, eingestellt worden. Den Argumenten könne man nicht zustimmen. Das erste Argument sei, dass das Grundstück an einen Verein vermietet sei und dieser Verein auch Einnahmen erziele. Veranstaltungen auf diesem Grundstück seien nicht genehmigungspflichtig. Daraufhin habe man als CDU/FDP-Fraktion Akteneinsicht beantragt.

Herr Bernstiel wies darauf hin, dass es einen Mietvertrag gibt, wo konkret geregelt sei, dass der Nutzer die Kosten für Sanierungen der Elektroanlagen zu tragen hat und deshalb könne man die Kosten dafür nicht tragen. Er bat hier für die CDU/FDP-Fraktion darum, den einzelnen Betrag von 150.000,00 € zu streichen. Es gäbe einen Vorschlag, wofür das Geld stattdessen genutzt werden könnte, nämlich für die Spielplätze, insbesondere den Spielplatz in Nietleben.

Herr Heinz informierte, man habe sich das Objekt angeschaut und es bestünde dringender Handlungsbedarf, um eine weitere Nutzung zu ermöglichen. Intern sei dies durch Juristen geprüft worden. Als Eigentümer des Objekts käme man in einem Miet- und Pachtverhältnis nicht um die Haftungspflicht und um die Verkehrssicherungspflicht herum. Demzufolge sei es aus haftungsrechtlichen Gründen unabdingbar, entsprechende Maßnahmen durchzuführen.

Herr Wolter erklärte, dass man die Vorlage bereits im Finanzausschuss behandelt habe. Man könne auch Spielplätze von dem Geld bauen. Es gäbe jedoch keinen Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion. Die Verwaltung habe eine Prioritätenliste für Bauvorhaben. Dies sei sachlich nachvollziehbar. Herr Wolter bat Herrn Bernstiel, den Änderungsantrag zurückzuziehen, da keine Bewertung seitens der CDU/FDP-Fraktion vorliege.

Herr Helmich verwies darauf, dass es in diesem Jahr nur eine Beschwerde auf Grund von Lärm gegeben habe. Bei Zustimmung zum Änderungsantrag, dass die Elektroanlage nicht saniert wird, könne die Stadtverwaltung als Verpächter eine Nutzung in Zukunft nicht mehr erlauben. Dies wäre das Ende des Vereins.

Herr Bernstiel wies darauf hin, es gäbe Verträge, aus denen er im öffentlichen Teil nicht zitieren darf. Es ginge nicht gegen den Verein. Wenn der Verein erhalten bleiben soll, könne man darüber diskutieren, ein anderes Gebäude zu suchen, welches saniert sei und wo der Verein einziehen könnte, anstatt das bisherige Gebäude zu sanieren. Es müsse darauf hingewiesen werden, dass es Verträge gibt, welche nicht eingehalten werden.

Herr Helmich antwortete darauf, dass das Ziel sei, städtisches Eigentum für eine Nutzung zu erhalten. Ein Verein, welcher keine hauptamtlichen Mitarbeiter hat und keine 150.000,00 € besitzt, könne nicht in ein Pachtobjekt investieren.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Bartl** ließ zunächst den Änderungsantrag und danach die Beschlussvorlage abstimmen.

**zu 7.16.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Vorlage
“Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt
und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das
Haushaltsjahr 2016 aus zusätzlichen FAG-Mitteln“
Vorlage: VI/2016/02557**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage nebst Anhang erhält folgende Fassung:

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstellen:

b) diverse Finanzstellen (siehe Anlage)
Finanzpositionsgruppe 52* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von
~~4.234.000~~ **1.081.000 EUR**

...

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:
16_9_901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL Seite 1.244)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von ~~2.624.000~~
2.471.000 EUR

...

Anlage

II.) überplanmäßige Auszahlungen:

b) diverse 52* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Planansatz 2016	Mehrbedarf	Neuer Ansatz 2016
21.541.346	4.234.000	22.772.346
	1.081.000	22.622.346

Zu I. und II.: Sachliche Notwendigkeit und zeitliche Unaufschiebbarkeit

b) Unterhaltung der Gebäude und baulichen Anlagen – diverse Produkte

PSP	Bezeichnung	Leistung	Kosten in €
1.11171	Reilstraße 78	Erneuerung Elektroanlage	150.000

**zu 7.16 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt
und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das
Haushaltsjahr 2016 aus zusätzlichen FAG-Mitteln
Vorlage: VI/2016/02477**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgende Maßnahmen:

a) Personalaufwendungen aus der Tarifsteigerung

1.11112 übergreifende Personalmaßnahmen (HHPL Seite 323)

Sachkontengruppe 50* Personalaufwendungen in Höhe von 620.000 EUR

b) Unterhaltung Gebäude

diverse Produkte siehe Anlage

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von

1.231.000 EUR

c) Betriebskosten Eissport

1.42410 Eissport (HHPL Seite 841)

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 270.000

EUR

d) Unterhaltung Straßen

1.54101 Gemeindestraßen (HHPL Seite 600)

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 300.000

e) Unterhaltung Spielplätze

1.55102 Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze (HHPL Seite 413)

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 200.000

EUR

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstellen:

a) Finanzstelle 16_1-100_3 übergreifende Personalmaßnahmen (HHPL Seite 325)

Finanzpositionsgruppe 50* Personalauszahlungen in Höhe von 620.000 EUR

b) diverse Finanzstellen (siehe Anlage)

Finanzpositionsgruppe 52* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von

1.231.000 EUR

c) Finanzstelle 16_3-520 FB Sport (HHPL Seite 850)

Finanzpositionsgruppe 52* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von

270.000 EUR

d) Finanzstelle 16_2-660_2 Tiefbau (HHPL Seite 631)

Finanzpositionsgruppe 52* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von

300.000 EUR

e) Finanzstelle 16_2-670_2 Stadtgrün (HHPL Seite 426)

Finanzpositionsgruppe 52* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von

200.000 EUR

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen (HHPL Seite 1.241)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 2.621.000 EUR

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

16_9_901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL Seite 1.244)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 2.621.000 EUR

zu 7.17 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02561

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Geldspende von der Saalesparkasse Rathausstraße 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 7.500 Euro und von der Halleschen Wohnungsgenossenschaft Freiheit e.G., Freyburger Straße 3, 06132 Halle (Saale) in Höhe von 7.500 Euro für das Projekt Spielhügel im Rahmen der Freiflächengestaltung am Anhalter Platz, Halle-Silberhöhe (PSP-Element: 8.51108030.705)

zu 7.18 Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht juristischer Personen des öffentlichen Rechts in § 2b UStG neue Fassung-Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG-
Vorlage: VI/2016/02519

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt den Oberbürgermeister, gegenüber dem zuständigen Finanzamt Halle (Saale) bis spätestens zum 31.12.2016 eine Erklärung nach § 27 Abs. 22 UStG mit nachfolgendem Inhalt abzugeben:

Hiermit erklärt die Stadt Halle (Saale), dass entsprechend § 27 Abs. 22 UStG in der ab 01.01.2016 gültigen Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeübte Tätigkeitsbereiche und damit verbundenen steuerbaren Leistungen

§ 2 Abs. 3 UStG in der bis 31. Dezember 2015 gültigen Fassung zur Anwendung kommen soll.

**zu 7.19 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Bildung Betrieb von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: VI/2016/02509**

Es gab keine Redebeiträge. Herr **Bartl** ließ die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1180)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 1.785.964 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_4_510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 1.785.964 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt zu I. erfolgt aus folgenden Produkten:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1180)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 785.964 EUR
1.61101 Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen (HHPL Seite 1241)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.000.000 EUR

Die Deckung im Finanzhaushalt zu II. erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

16_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 785.964 EUR

16_9-901_1 Zentrale Finanzdienstleistungen (HHPL Seite 1244)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.000.000 EUR

zu 8 Wiedervorlage

**zu 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Gründung eines Runden Tisches
„motorisierter Individualverkehr“
Vorlage: VI/2016/02241**

Herr Bernstiel informierte, dass man den Antrag aufrecht erhält und erläuterte die Notwendigkeit.

Herr Krause wies die Aussage von Herrn Bernstiel zurück, dass man sich gegen eine bestimmte Gruppe von Menschen in der Bürgerschaft oder Autofahrer richte. Man versuche, verantwortungsvoll mit den Bedürfnissen aller Teilnehmer im Straßenverkehr umzugehen.

Herr Krause erklärte nochmals, er hätte bereits häufiger die Verkehrssituation in der August-Bebel-Straße angesprochen. Die Unterstellung, die CDU-Fraktion sei die einzige Fraktion, welche sich für die Belange der Verkehrsteilnehmer einsetzt, sei demnach nicht angebracht.

Frau Krimmling-Schöffler berichtete, dass hinsichtlich der Bauprojekte die Autofahrer nicht benachteiligt werden. Nach wie vor sei man der Auffassung, dass man den Umweltverbund stärken müsse. Deswegen werde die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) den Antrag ablehnen.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Bartl** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Gründung eines Runden Tisches „motorisierter Individualverkehr“.
2. Der Runde Tisch soll vorrangig zur Situation des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt Halle (Saale) beraten. ~~Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Gremium, in dem Akteure aus verschiedenen Behörden, Institutionen, politischen Gruppierungen, Vereinen und der Privatwirtschaft u.a. zur Situation des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt Halle (Saale) beraten.~~
3. Dazu soll die Verwaltung dem Rat eine nicht geschlossene Teilnehmerliste¹ vorschlagen und das Gremium noch in 2016 erstmalig einberufen. Ab 2017 soll der Runde Tisch dann mindestens zwei Mal im Kalenderjahr und zusätzlich bei Bedarf zusammenkommen.

**zu 8.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VI/2016/02310**

Herr Eigendorf informierte, dass es beim gestellten Antrag darum ginge, dass der Wochenmarkt in der Vogelweide im nächsten Jahr bis zu 20.000,00 € Verlust machen soll. Laut Aussagen von **Herrn Eigendorf** habe sich sowohl die Nutzerzahl des Wochenmarktes, die Anzahl der Händler als auch das Angebot auf dem Wochenmarkt verändert. Der Verlust würde demnach auf alle Händler verteilt werden. Mit dem Antrag wolle man eine Reduzierung der Marktstage dahingehend, zum einen, dass das Defizit, welches jedes Jahr zu Buche steht, reduziert wird. Zum anderen, dass die Händler entlastet werden und damit die anderen Standorte der Wochenmärkte gesichert werden.

Herr Eigendorf erklärte, dass es im Antrag nicht darum ginge, dem Bürger etwas wegnehmen zu wollen.

Frau Krischok sagte, dass dem Bürger sehr wohl etwas weggenommen würde, nämlich die Regelmäßigkeit, wochentags dort einkaufen zu können. Eine Lösung für die Märkte wäre nach Meinung von **Frau Krischok**, die Qualität auf den Märkten zu verbessern und nicht Standzeiten wegzunehmen.

Frau Krischok habe die Information der Verwaltung bekommen, dass an 32 Stellen in der Stadt Marktstände bestehen. Man könne daraus 32 Märkte machen, um diese mehr zu beleben und nicht die Einkaufsmöglichkeiten für Bürger im Süden der Stadt zu reduzieren.

Herr Scholtyssek berichtete, die CDU/ FDP Stadtratsfraktion habe im Süden der Stadt eine Umfrage durchgeführt. Dabei sei durch die Bürger bestätigt worden, dass sie mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion, den Wochenmarkt nur noch dreimal wöchentlich durchzuführen, mitgehen.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. Herr Bartl ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

§ 12 Abs. 1 Nr. 3 wird in der Marktsatzung der Stadt Halle (Saale) dergestalt geändert, dass eine Durchführung des Wochenmarktes ‚Vogelweide‘ nur noch maximal dreimal wöchentlich möglich ist.

zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Ersatzparkplätzen für Stadionanrainer
Vorlage: VI/2016/02311

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, allen Anwohnern, deren Wohnsitz in einem Gebiet liegt, das während HFC-Heimspielen aus Sicherheitsgründen mit einer Durchfahrtsperre belegt wird oder von privaten PKWs freigehalten werden muss, für die Dauer der Sicherheitsmaßnahme einen alternativen Parkplatz in unmittelbarer Wohnortnähe zur Verfügung zu stellen.

2. Das Verfahren der temporären Stellplatzvergabe ist möglichst einfach zu gestalten.

zu 8.4 Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale) zu prüfen. Hauptinhalte dieser Broschüre sollen nach dem Vorbild der Veröffentlichung "Der Karlsruher Gemeinderat – 19. Wahlperiode 2014-2019" der Stadt Karlsruhe die Vorstellung der Mitglieder des Stadtrates, die Vorstellung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten mitsamt Zuständigkeiten und die Aufklärung über die Arbeit von Ausschüssen, Aufsichtsgremien und des Stadtrates sein.
2. Zur Abstimmung über die detaillierten Inhalte und die Gestaltung der Broschüre wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Verwaltung und Fraktionen eingesetzt.
3. Die Fertigstellung der Broschüre ist bis zum 30. Juni 2017 anzustreben.

zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften
Vorlage: VI/2016/02329

zu 8.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften (Vorlagen-Nr.: VI/2016/02329)
Vorlage: VI/2016/02358

Frau Dr. Brock merkte an, dass man im Januar beschlossen habe, Baumpatenschaften zu gewinnen. Bis Ende des Sommers habe die Stadt insgesamt 505,00 € für Baumpatenschaften eingenommen. Im Vergleichszeitraum 2015 habe die Stadt Magdeburg 26.000,00 € für Baumpatenschaften eingenommen und dafür 109 Bäume pflanzen können.

Sie erklärte, dass in Magdeburg die Baumpflanzaktionen individualisiert werden. Man könne dort einen bestimmten Baum mit einem Schild pflanzen, Bäume widmen. Es sei eine aktive Beteiligung der Bürger zu erkennen.

Frau Dr. Brock appellierte daher an die Verwaltung, dass sehr wohl für 250,00 € Bäume besorgt und gepflanzt werden können. Auch die Möglichkeit der gemeinsamen Bezahlung für einen Baum durch mehrere Personen sollte möglich gemacht werden. Sie sei sich sicher, dass somit das Konzept der Baumpatenschaften besser umgesetzt werden könne.

Herr Stäglich machte deutlich, dass nach Auswertung der ersten Saison Missverständnisse zu erkennen seien. Ziel sei es gewesen, Intentionen für Baumspenden durch Abstufungen aufzunehmen und dies auch den Bürgern, welche nur einen Teilbetrag spenden möchte, zu ermöglichen.

Missverständlich sei nach Aussage von **Herrn Stäglin** die Information, dass mit Spenden ab 250,00 € ein Baum gespendet werden könne. Auch mit Namensnennung. Da gäbe es das Missverständnis, dass ein Einzelbaum immer nur im „Luxuspaket“ mit den Kosten für Fertigstellungspflege, mit Widmung usw. ab 1.300,00 € erhältlich sei. In der Überarbeitung wolle man diesen Passus entfernen. Auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) könne man die Standortliste für freie Baumstandorte einsehen. Das Dienstleistungszentrum Bürgerengagement sei eine Anlaufstelle für die Betreuung der Baumpatenschaften.

Frau Dr. Brock schlug vor, den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zu konkretisieren und die Baumpatenschaften so einfach wie möglich, im Sinne des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, umzusetzen.

Es gab keine weiteren Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ den Änderungsantrag abstimmen.

**zu 8.5.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften (Vorlagen-Nr.: VI/2016/02329)
Vorlage: VI/2016/02358**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung überarbeitet das Konzept für Baumpatenschaften mit dem Ziel einer Vereinfachung und Klarstellung der Patenschaftsmöglichkeiten. Die überarbeiteten Regelungen sollen spätestens ab Frühjahr 2017 gelten.

Somit wurde dem Antrag in geänderter Form zugestimmt.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung des Konzepts für Baumpatenschaften
Vorlage: VI/2016/02329**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung überarbeitet das Konzept für Baumpatenschaften mit dem Ziel einer Vereinfachung und Klarstellung der Patenschaftsmöglichkeiten. Die überarbeiteten Regelungen sollen spätestens ab Frühjahr 2017 gelten.

**zu 8.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu einem Werbeverbot für Alkohol und Tabakwaren
Vorlage: VI/2016/02399**

Frau Dr. Schöps berichtete, dass dieser Antrag im Ausschuss für Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung sowie Beschäftigung beraten und beschlossen worden sei. Es habe eine Textänderung gegeben. Man habe Werbeverbot durch Werbeverzicht ersetzt.

Frau Dr. Schöps ergänzte, dass man eine Handlungsoption für notwendig halte, mit der man versucht, ein Werbeverbot für Alkohol und Tabakwaren durchzusetzen. Das Werbeverbot würde bereits in anderen Städten umgesetzt werden. Das Werbeverbot für Tabakwaren werde ab dem Jahr 2020 bundesweit umgesetzt werden. Die Stadtverwaltung habe hohe Aufwendungen für Suchtpräventionen und sei deshalb finanziell betroffen. Deshalb mache es Sinn, dem weitestgehend entgegenzuwirken.

Herr Schreyer informierte, dass im öffentlich-rechtlichen Werbenutzungsvertrag ein solches Werbeverbot bzw. Werbeverzicht nicht geregelt werden könne. Der Antrag mit der Formulierung des Werbeverzichts sei eine freiwillige Verpflichtung des Werbeunternehmens. Nur dies sei möglich. Darauf könne der Oberbürgermeister im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten hinwirken. Es könne jedoch keine vertragliche Garantie gegeben werden.

Herr Scholtyssek erkundigte sich nach der Zeitschiene für die Neuverhandlung des Werbevertrages und ob dies überhaupt zum Tragen kommen würde, da ab 2020 ein bundesweites Werbeverbot für Tabakwaren eingeführt werden wird.

Frau Ernst erklärte, dass die Ausschreibung bis zum Jahresende vorbereitet wird und die Vergabe im kommenden Jahr erfolgen soll.

Weitere Redebeiträge gab es nicht. **Herr Bartl** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Im Hinblick auf die Neuvergabe der Werbenutzungsrechte wird der Oberbürgermeister beauftragt, nach seinen Möglichkeiten auf ein Werbeverzicht für Alkohol und Tabakwaren auf Werbeflächen hinzuwirken, die im Werbenutzungsvertrag berücksichtigt werden.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Sicherstellung einer kinderärztlichen Versorgung im Stadtteil Heide-Nord
Vorlage: VI/2016/02183**

Frau Dr. Schöps informierte, diese Thematik sei bisher unter der Überschrift, die Stadt hätte keine Handlungsmöglichkeiten, geführt worden. Entscheidungsbefugnisse lägen im Rahmen der kassenärztlichen Vereinigung. Mit dem Antrag wolle man eine Handlungsempfehlung im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten geben. Die kinderärztliche Versorgung in Heide-Nord sei ein Missstand. Zwischenzeitlich seien Zahlen geliefert worden. Dabei sei zu erkennen gewesen, dass die betroffene Kinderanzahl erheblich sei.

Frau Haupt erklärte, dass auch DIE LINKE in diesem Antrag eine wichtige Komponente sehe. Man beschliesse zum Beispiel das ISEK, die Wohlfühlkommune. Auch habe man das Problem, zu den Städten zu gehören, in denen die Kinderarmut sehr hoch ist. Solche Dinge seien in der Diskussion nicht unerheblich. Insofern würde man dem Antrag unter diesem Gesichtspunkt zustimmen.

Herr Kaßner merkte an, dass die nächste freie Kinderarztstelle eventuell im Jahr 2018 errichtet werden könne. Man müsse davon ausgehen, dass künftige Betreiber gewisse Vorstellungen haben. Er verstehe daher nicht, warum der Beschluss gefasst werden soll.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung der gleichen Auffassung sei. Es gäbe keine Handlungsoption, deshalb könne man nicht tätig werden.

Frau Dr. Schöps merkte bezugnehmend darauf an, dass man darüber im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss beraten habe. Dort seien Möglichkeiten diskutiert worden, eine zeitweise Versorgung durch einen kinderärztlichem Dienst einrichten zu können, durch Räume, welche die Stadt zur Verfügung stellen würde.

Frau Brederlow antwortete, dass man vereinbart habe, Vertreter der Kinderärzte zu den Ausschusssitzungen einzuladen. Das ändere aber nichts daran, dass es zu keiner Ansiedlung vor Ort kommen kann. Es sei darauf hinzuwirken, dass die Versorgung eingerichtet werden kann. Die Frage sei, wie dies erfolgen soll, außer mit Ärzten oder der kassenärztlichen Vereinigung zu sprechen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass er auf die Umsetzung aller Wünsche der Räte hinwirken werde.

Herr Bartl ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass zeitnah eine kinderärztliche Versorgung im Stadtteil Heide-Nord eingerichtet werden kann. Der Oberbürgermeister informiert die Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses im ersten Quartal 2017 über die ergriffenen Maßnahmen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu historischen Ortsbezeichnungen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02497**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Ortsbezeichnungen innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Halle (Saale) – beispielsweise Pulverweiden, Ziegelwiese oder Holzplatz –, deren Herkunft sich nicht ad hoc erschließt, der Öffentlichkeit in geeigneter Art und Weise zu erläutern.

Erste Ergebnisse der Recherche und ein Vorschlag zur Art und Weise der Veröffentlichung sind dem Kulturausschuss bis Juni 2017 vorzulegen.

**zu 9.2 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VI/2016/02518**

Herr Bartl informierte, dass die Wahl offen durchgeführt werden kann, wenn kein Mitglied widerspricht.
Dies war nicht der Fall.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt an Stelle von Frau Katja Raab Herrn Steffen Kohlert als stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale).

**zu 9.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in beratenden Ausschüssen
Vorlage: VI/2016/02530**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Stadträtin Anja Krimmling-Schoeffler scheidet aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.

Der Stadtrat entsendet Frau Sarah Heinemann in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

2. Stadträtin Sarah Heinemann scheidet aus dem Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF (Vergabeausschuss) aus.

Der Stadtrat entsendet Frau Anja Krimmling-Schoeffler in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF (Vergabeausschuss).

3. Stadtrat Hendrik Lange scheidet aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Sten Meerheim in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

**zu 9.4 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umbesetzung im
Kulturausschuss
Vorlage: VI/2016/02566**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Christian Kenkel scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Kulturausschuss aus.

Herr Dirk Radde wird als sachkundiger Einwohner in den Kulturausschuss berufen.

**zu 9.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: VI/2016/02573**

Es gab keine Redebeiträge. **Herr Bartl** ließ den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Als sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss scheidet Herr Stefan Malkoc aus.

Herr Timon Furchert wird als sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschuss berufen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Empfehlungen des Hochwasserbeirates
Vorlage: VI/2016/02485**

Herr Scholtyssek erklärte, er sei mit der Antwort, einem Auszug aus der Geschäftsordnung des Hochwasserbeirates, nicht einverstanden.

Herr Scholtyssek erinnerte, man habe vor einiger Zeit darüber beschlossen, einen Hochwasserbeirat einzurichten, welcher die Stadtverwaltung berät, wie der Hochwasserschutz in der Stadt verbessert werden kann. Es habe einen Antrag im Rat gegeben, welcher einer Empfehlung des Beirates entgegensteht. Dieser wurde im Rat beschlossen. Deshalb würden sich die engagierten Personen fragen, warum man im Beirat tätig ist.

Herr Stäglin entgegnete, die Arbeit des Hochwasserschutzbeirates würde anerkannt. Die Kritik sollte interfraktionell ausgewertet werden. Man habe als Verwaltung deutlich gemacht, dass der Beirat eine wichtige Arbeit leistet.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum
Ersatz eines Spielplatzes
Vorlage: VI/2016/02486**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum
Angebot von Pachtverträgen in Halle-Dautzsch
Vorlage: VI/2016/02390**

Herr Scholtyssek berichtete, dass der Antwort der Verwaltung zu entnehmen sei, dass diese Flächen eventuell mal benötigt würden, um die Straße zu verbreitern, weil dort perspektivisch noch ein Wohnungsbau geplant sein könnte. Im ISEK, dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept, seien dort keine Wohnungsbauflächen zu erkennen. **Herr Scholtyssek** fragte deshalb, ob die Verwaltung über das ISEK hinausgehende Vorstellungen für die künftige Wohnbauentwicklung habe und wie man zu dieser Einschätzung käme.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass dies Prognosen seien, welche vorlägen. Es gäbe ein Zeitfenster bis 2030. Man ginge davon aus, dass Personen auch über ISEK hinaus in die Stadt kommen werden.

Herr Scholtyssek konnte diese Einschätzung nicht nachvollziehen.

Frau Dr. Marquardt erläuterte, dass dies eine längerfristige Prognose sei. Wenn diese Perspektive jedoch vorläge, dürfe man nicht verkaufen.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zum
Anspruch auf kostenfreie Schülerbeförderung
Vorlage: VI/2016/02498**

Die abschließende Beantwortung erfolgt im Stadtrat im Dezember.

**zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum
Drogenhandel am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2016/02433**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Kunstwerken im
Stadtraum
Vorlage: VI/2016/02389**

Herr Dr. Bartsch fragte, da im Anhang von einer farblichen Neugestaltung des Fahnenmonuments die Rede sei, ob diese Neugestaltung in der Planung vorgesehen sei und ob es bereits Termine gäbe.

Frau Dr. Marquardt erklärte, man habe noch keinen genauen Termin. Man könne jedoch in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses über die Pläne berichten.

Herr Dr. Bartsch merkte zudem an, es sei schade, dass die Plastik des Kleinen Trompeters nur für die Dauerausstellung Stadtgeschichte vorgesehen sei. Er könne sich vorstellen, diese Plastik im öffentlichen Raum wieder aufzustellen.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.7 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Dauer der Verbuchung von Spenden an Einrichtungen in städtischer Trägerschaft**
Vorlage: VI/2016/02489

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.8 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Grundstücksverkäufen der Stadt Halle im Jahr 2016**
Vorlage: VI/2016/02490

Herr Bartl teilte mit, dass die erste Frage im nicht öffentlichen Teil beantwortet werde.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.9 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Krippenplatzversorgung**
Vorlage: VI/2016/02491

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.10 **Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Apothekenbereitschaft in Halle-Neustadt**
Vorlage: VI/2016/02395

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.11 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Versorgung traumatisierter unbegleiteter minderjährige Ausländer*innen**
Vorlage: VI/2016/02499

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.12 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz bei städtischen Grundstücksgeschäften**
Vorlage: VI/2016/02500

Herr Rupsch fragte warum bei Vergaben im Beschlusstext Ort, Summe sowie Käufer genannt werden.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass im Beschlusstext für den Verkauf von Grundstücken nicht stehen soll, wer Käufer und wie hoch der Preis sei. Dies seien geschützte Informationen.

Herr Rupsch fragte, auf welcher Grundlage dies nicht zulässig sei.

Frau Dr. Marquardt entgegnete, dass dies aus datenschutzrechtlichen Aspekten nicht öffentlich gemacht werden könne.

Herr Rupsch bat die Verwaltung, ihm eine konkrete gesetzliche Grundlage zu nennen.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Antwort zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bereitstellung von Informationen für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner
Vorlage: VI/2016/02502**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur künftigen Radverkehrsförderung
Vorlage: VI/2016/02504**

Herr Helmich fragte nochmals nach den Zahlen zu Fahrradabstellanlagen, welche in 2016 errichtet wurden und warum es immer wieder zu Verzögerungen kommt.

Herr Stäglin erklärte, dass es das Ziel sei, die Zahl der Fahrradabstellanlagen auch umzusetzen. Es müsse berücksichtigt werden, dass verschiedene Abstimmungen mit Akteuren bezüglich der Standorte geführt werden müssten. Bei der Angabe von möglichen Standorten, die ein Radverkehrsbeauftragter nennt, sei nicht die gesamte Prüfung nach Leitungsbeständen erfolgt. Die Anzahl in diesem Jahr sei nicht zufriedenstellend. Es müsse im nächsten Jahr eine größere Anzahl aufgestellt werden.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur präventiven Begrünung von städtischen Gebäuden
Vorlage: VI/2016/02190**

Herr Häder bat die Verwaltung, der Fraktion MitBürger für Halle – NEUES FORUM, die Richtlinie für Fassadenbegrünung zur Verfügung zu stellen. Außerdem regte **Herr Häder** an,

da die Schallschutzmauer an der Gudrun-Goeseke-Straße bereits zum zweiten Mal mit Graffiti besprüht wurde, dort eine Fassadenbegrünung vorzunehmen.

Frau Ernst informierte, dass sich eine Initiative bereit erklärt habe, die Mauer mit Graffiti zu gestalten.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Anbringung von Werbung am Marktplatz
Vorlage: VI/2016/02401**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat im Januar.

**zu 10.17 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Schulgärten
Vorlage: VI/2016/02492**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat im Januar.

**zu 10.18 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beleuchtung des Stadtbadturmes
Vorlage: VI/2016/02493**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.19 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Verbesserung des Stadtklimas durch City Trees
Vorlage: VI/2016/02494**

Herr Häder berichtete, dass es City Trees bereits in anderen Städten gäbe und regte deshalb an, dass man nochmal den Kontakt sucht, inwieweit die Erkenntnisse aus 2015 überholt seien.

Weiterhin sagte **Herr Häder**, dass man den Marktplatz durch City-Trees begrünen und umgestalten könnte. Dies hätte dann eine Verbesserung des Klimas zur Folge.

**zu 10.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Funktionalität erneuerter Straßenlaternen
Vorlage: VI/2016/02495**

Herr Häder regte an, bei der Erneuerung von Straßenlaternen die Möglichkeit, Elektrotankstellen einzurichten zu berücksichtigen. Dies wäre deutlich günstiger als reguläre Elektrotankstellen. Hierfür müssten die Straßenlaternen jedoch einzeln angesteuert werden, damit auch Strom für die Tankstellen anliegen, wenn die Straßenlaternen ausgeschaltet sind.

zu 11 **Mitteilungen**

zu 11.1 **Schuldenbericht 2014- 2015** **Vorlage: VI/2016/02371**

zu 11.2 **Quartalsbericht II/2016 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG** **Vorlage: VI/2016/02298**

zu 11.3 **Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse November 2016** **Vorlage: VI/2016/02562**

Die Mitglieder des Stadtrates nahmen die Mitteilungen zur Kenntnis.

zu 12 **mündliche Anfragen von Stadträten**

zu 12.1 **Anfrage Herr Rupsch zur Baumaßnahme an der Straße Tuchrähmen**

Es lag eine schriftliche Anfrage von **Herrn Rupsch** vor.

Die Anfrage lautete:

In der Ratssitzung im Mai 2016 hat der Stadtrat einen Baubeschluss zur Beseitigung von Hochwasserschäden für das Gebiet Klaus-Vorstadt gefasst. Betroffen ist unter anderem die Straße Tuchrähmen. Die Bauarbeiten werden aktuell durchgeführt. Nach Darstellung in der Beschlussfassung, sowohl im Text als auch im Gartenmaterial waren keine Baumfällungen im Zusammenhang mit der Maßnahme vorgesehen. Aktuell wurde nach Bürgerinformationen jedoch mindestens eine große, prägnante Äsche gefällt. Ich frage:

Welche Gründe gab es für die Fällung?

Warum wurde in den Ratsunterlagen nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen?

Welche Ersatzpflanzungen sind wo und wann vorgesehen? Können diese vor Ort integriert werden?

Herr Stäglin erklärte, dass die Baumfällung im Baubeschluss tatsächlich nicht vorgesehen war. Im Zuge der Vorortbegehung mit dem beauftragten Baubetrieb vor Baubeginn sei jedoch festgestellt worden, dass die Wurzeln des Baumes so flach und auch weitgehend in die Verkehrsfläche reichen, dass der Baum die Schäden durch den Tiefbau nicht überstanden hätte. Deswegen wurde ein Fällantrag gestellt und genehmigt. Als Ersatz seien

im Rahmen der Baumaßnahme 5 Winterlinden vorgesehen, die zwischen der Fahrbahn Tüchrahmen und dem Flutgraben eingeordnet werden.

zu 12.2 Herr Kaßner zur Verkehrsberuhigung der Kassler Straße

Herr Kaßner nahm Bezug auf die letzte Stadtratssitzung und die Anfrage zur Kassler Straße. Dazu habe man zum 14. des Monats eine Beratung bei Herrn Stäglin durchgeführt. Herr Stäglin habe die Situation dort nochmal erläutert und eine Karte vorgelegt, wo eine Maßnahme in Höhe des Akazienweges eingezeichnet worden sei.

Zwischenzeitlich sei **Herrn Kaßner** eine Unterlage, datiert mit 26.10.2016, zugestellt worden. Diese sei von der Abteilung Verkehrsorganisation erarbeitet worden. Darin würde jegliche Maßnahme, wie man sie besprochen habe, abgelehnt. Auch diese, welche Herr Stäglin am 14. des Monats vorgetragen habe.

Deshalb fragte **Herr Kaßner**, ob das, was Herr Stäglin sagte richtig sei, oder das aus den Unterlagen vom 26.10.

Herr Stäglin berichtete, er hätte Herrn Kaßner das abgestimmte Ergebnis der Beteiligten der Verwaltung übermittelt. Ziel sei es, eine Aufpflasterung im Eingangsbereich zu realisieren. Die Kosten sollten noch ermittelt werden, um mit der Bürgerinitiative, welche am Gründonnerstag bei der Veranstaltung die finanzielle Kostenübernahme zugesagt habe, dann in die konkreten Gespräche einzubinden.

Herr Kaßner erklärte, im Schreiben vom 14. des Monats sei eine solche Maßnahme als nicht möglich beschrieben. Deshalb fragte er, ob dies ein Irrtum sei oder ob der Vorschlag tatsächlich nicht möglich sei.

Herr Stäglin informierte, man habe in einem Gespräch darüber gesprochen, welche Lösung möglich sei. Diese Lösung sei unterbreitet worden und dazu stünde die Verwaltung. Die Unterlagen von Oktober seien damit hinfällig.

zu 12.3 Herr Feigl zum Graseweg 1

Herr Feigl wollte wissen, ob die Bauten, welche vor der Shisha-Bar errichtet worden sind, nach Bauordnung genehmigungspflichtig seien.

Außerdem wollte er wissen, ob dann die Genehmigung der Stadt als Vermieter einzuholen ist, wenn Bänke, Zelte oder auch garagenähnliche Bauten aufgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass auf einer öffentlichen Straße der Gemeingebrauch herrscht. Sowie jedoch etwas Feststehendes aufgestellt würde, bedeute dies, dass die Straße sondergenutzt wird. Dazu benötige man eine Erlaubnis. Nicht jede Nutzung erfordere eine Sondernutzung.

Im benannten Fall sei eine Sondernutzung erforderlich. Im vorliegenden Fall sei es so gewesen, dass die denkmalschutzrechtliche Genehmigung nicht eingeholt wurde. Dies bedeute, dass in Gänze hier eine Sondernutzungserlaubnis nicht zu erteilen sei. Folglich habe die Stadtverwaltung unverzüglich den Widerruf der Entscheidungen dem Gastwirt und

dem anliegenden Nachbarn für das weitere Bauwerk erteilt. Die Verfügungen seien am Montag versendet worden.

Herr Feigl fragte nach, ob er richtig verstanden habe, dass Sondernutzungen für Freisitze auf Gehwegen genehmigungspflichtig nach Sondernutzungsverordnung seien.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bejahte dies. Es würde sich um eine Außengastronomie handeln, welche dann beantragt werden muss. Auch gaststättenrechtliche Voraussetzungen müssen dafür gegeben sein.

Herr Feigl erkundigte sich nochmals, ob Gastwirt und Nachbar solch eine Sondernutzung beantragt hatten und gewährt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte nochmals, dass sie eine Sondernutzungserlaubnis erhalten haben, jedoch mit dem Hinweis, die denkmalschutzrechtlichen Voraussetzungen zu beachten. Das sei nicht geschehen. Folglich seien die Sondernutzungserlaubnisse widerrufen worden und somit die Bauten zurückzubauen.

zu 12.4 Frau Dr. Brock zum Beleuchtungskonzept

Frau Dr. Brock fragte, wann das Beleuchtungskonzept vorliegt. Man habe im März eine Anfrage erhalten, ein Beleuchtungskonzept zu erarbeiten und aus der Antwort der Verwaltung ginge hervor, dass Untersuchungsergebnisse im zweiten Halbjahr vorgelegt und dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben werden würden.

Herr Stäglin erklärte, dass er im nächsten Stadtrat eine Information zum genauen Stand geben kann.

zu 12.5 Frau Dr. Brock zum Sparkassenforum

Frau Dr. Brock erklärte, man höre immer wieder, dass das Sparkassenkunstforum in der Bernburger Straße geschlossen oder verkauft werden soll. Deswegen fragte **Frau Dr. Brock** zum Sachstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er mit Herrn Dr. Fox von der Saalesparkasse im Gespräch sei. Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse müssen darüber befinden. Diese würde Herr Dr. Fox zunächst unterrichten. Es gäbe mehrere Interessenten und er hoffe, in der nächsten Stadtratssitzung näheres berichten zu können.

zu 12.6 Herr Scholtyssek zum Quartalsbericht Stadtbahnprogramm

Herr Scholtyssek informierte, dass der vorgelegte Quartalsbericht bereits von Juni 2016 sei und wollte deshalb wissen, warum es so lange dauert, bis den Stadträten der Bericht vorgelegt werde. Die lange Zeitspanne führe zu dem Problem, dass man im nächsten Monat

einen Gestaltungsbeschluss für den Südstadtring fassen müsse. Dieses Thema sei aber nicht im Ausschuss für Planungsangelegenheiten und könne daher im Dezember nicht in der Stadtratssitzung im Dezember behandelt werden.

Herr Stäglin erklärte, dass die Berichtserstattung davon abhinge, wann der Quartalsbericht in der Verwaltung vorgelegt wird. Hier gäbe es gewisse Zeitverzögerungen. Die Anregung nehme man mit in den Steuerkreis, um aufzufordern, dass der Bericht schneller zur Bearbeitung in der Verwaltung vorgelegt wird.

zu 12.7 Herr Bernstiel zur Rosengartenbrücke

Herr Bernstiel berichtete, man habe im Jahr 2015 den Beschluss gefasst, die Brücke auf vier Spuren umzuplanen. Jetzt habe man Informationen erhalten, dass seitens des Fachbereiches Bauen gegen diesen Umbau eine Klage angestrebt würde. **Herr Bernstiel** wollte wissen, ob an diesem Gerücht etwas dran sei.

Herr Stäglin informierte, es gäbe einen klaren Beschluss des Stadtrates, dass jeweils zwei Richtungsfahrbahnen unter der Brücke möglich sein sollen. So habe sich die Stadtverwaltung auch gegenüber der Bahn geäußert. Eine Klage gibt es nicht.

zu 12.8 Herr Schachtschneider zur Verkehrsführung an der Feuerwache

Herr Schachtschneider berichtete, dass er in der letzten Stadtratssitzung nach der Verkehrsführung an der Feuerwache und Magistrale gefragt habe und bat nochmals um Antwort.

Frau Ernst informierte, dass die schriftliche Antwort im Ratsinformationssystem hinterlegt sei. Eine Baumaßnahme sei der Grund für die Verkehrsführung. Die Erläuterung dazu könne der Antwort entnommen werden.

zu 12.9 Herr Doege zu Baumfällungen

Herr Doege sprach von Baumfällungen in der Dorotheenstraße, welche in der Baumfäll-Liste im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten nicht ersichtlich waren. Deshalb erkundigte sich **Herr Doege**, ob Baumaßnahmen der Grund für die Fällung waren und ob eine Ersatzpflanzung vorgenommen werden wird.

Herr Stäglin entgegnete, dass die Maßnahme auf der Baumfäll-Liste im April enthalten gewesen sei. In der weiteren Fortführung der Liste sei diese jedoch entfallen. Der Rat sei entsprechend über den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten informiert worden. Es habe durch Anheben der Wurzeln Schäden auf Gehwegbelägen gegeben, welche nicht mehr zu halten waren. Neupflanzungen seien vorgesehen.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Herr Häder zur Auslegungsfrist ISEK

Herr Häder sei bereits mehrfach zum Thema Auslegungsfrist ISEK von Bürgern angesprochen worden. Die Frist ende am 25.11.2016. **Herr Häder** erfragte, ob es möglich sei, diese Frist zu verlängern bis zum Jahresende. Hintergrund sei, dass das ISEK eine große Bedeutung habe und es für die Bürger schwierig war, in einer so kurzen Frist das gesamte Dokument durchzulesen und dann Stellung nehmen zu können.

Deswegen gab **Herr Häder** im Namen der Bürger die Anregung, die Frist bis eventuell Jahresende zu verlängern, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, von ihrem Mitspracherecht Gebrauch zu machen.

zu 13.2 Herr Bernstiel zu Personen auf dem Marktplatz

Herr Bernstiel wies darauf hin, dass am Goldsolebrunnen auf dem Marktplatz, in der Nähe der halleschen Verwerfung in der letzten Zeit verstärkt zu beobachten gewesen sei, dass die Gruppe, die dort Alkohol konsumiert und sich lautstark benimmt, immer größer werde. Außerdem werde an diesem Platz viel Müll erzeugt.

Deshalb regte **Herr Bernstiel** eine Prüfung seitens der Stadtverwaltung sowie Platzverweise an.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu allen Grundstücksverkäufen der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2016

Herr Krause stellte einen Antrag auf Akteneinsicht zu allen Grundstücksverkäufen der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2016.

Herr Bartl beendete den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 31.01.17

Harald Bartl
stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer